

Statement/Stellungnahme zu TOP 6 – Ziele und Maßnahmen 2026 – der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 21.10.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

„unsere, gelinde gesagt nicht rosige finanzielle Situation und die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden durch viele laufende Projekte machen es nicht leicht, neue Dinge anzugehen oder gar zeitnah umzusetzen. Wann sich hier Verbesserungen ergeben, ist nicht absehbar.“

Das waren unsere einführenden Worte aus dem letzten Jahr und – dem ist auch heute nichts hinzuzufügen.

Das Ergebnis der nichtöffentlichen Ausschussvorberatungen Mitte Oktober liegt uns heute vor. Die Ausschüsse haben sich mit den Anträgen der Fraktionen, der FDP und den Vorschlägen der Verwaltung beschäftigt und sog. Empfehlungsbeschlüsse gefasst.

Wir hätten uns zu einem Teil unserer Anträge mehr Offenheit und Unterstützung durch die Verwaltung und die anderen Fraktionen/FDP gewünscht. Es sind Kompromisse

gefunden worden und die Anträge sind dann zumindest teilweise modifiziert in die Ziele und Maßnahmen eingeflossen.

Zu unserem Antrag zur Unterstützung der Initiative „Refill-Deutschland“ wird es einen Aufruf zur Teilnahme im Mitteilungsblatt geben.

Einen Bericht zu den Weiterbildungs- bzw. Weiterqualifizierungsangeboten mit ggf finanziellen Unterstützungen der Gemeinde wird es leider nicht geben. Die Verwaltung verwies darauf, dass es solche Angebote natürlich gebe und dies unter den operativen Zielen Mitarbeiterbindung und -gewinnung zu fassen sei. Schade, wir hätten sehr gerne genauer erfahren, was die Gemeinde in diesem Bereich anbietet.

Neue Fahrradständer im Ortskern werden bei der weiteren Umsetzung der Radverkehrskonzeption mitgedacht.

Die Aufstellung eines „RegioMat“s ist ein privatwirtschaftliches Modell und daher keine Aufgabe der Verwaltung.

Die Anschaffung einer (mobilen) Umkleidekabine für das Freibad wird von vielen leider als nicht notwendig erachtet, allerdings soll dieses Thema noch mit dem Förderverein des Freibades erörtert werden.

Apropos Freibad: Unser Antrag auf Bildung einer Arbeitsgruppe zur Zukunftsfähigkeit des Bädles hat eine sehr knappe Mehrheit gefunden – und zwar mit den

Stimmen der FW, der SPD und von uns. Schade, dass es nicht von allen die Bereitschaft gab, sich intensiv Gedanken zum langfristigen Erhalt unseres Bädles zu machen.

Zum Antrag „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“, auch die SPD hat hierzu einen Antrag gestellt, wird es zumindest einen Bericht im VfA über die Möglichkeiten dazu geben. Wir betonen nochmal: Die Jugendbeteiligung ist eine Pflichtaufgabe und wir müssen die Kinder und Jugendlichen an unseren Entscheidungsfindungen beteiligen und mitnehmen. Denn sie sind diejenigen, die mit den heutigen Entscheidungen zukünftig leben müssen.

Die Ehrenamtskarte wird kreisweit vom Landkreis eingeführt. Jede Kommune ist aufgefordert worden, Aktivitäten, Einrichtungen u.ä. zu melden, mit denen man sich daran beteiligen kann. Hier wird die Verwaltung über Angebotsmöglichkeiten in Neuhausen informieren.

Die Ausrichtung eines Ehrenamtstages/Ehrenamtsfestes, übrigens ein Wunsch aus der Bürgerschaft, wurde leider nicht empfohlen. Hierüber soll bei der nächsten ANV-Versammlung im Herbst gesprochen werden.

Unser Antrag auf Einführung einkommensabhängiger Entgelte für Kitas und Schulen wurde abgelehnt. Diese Ablehnung haben wir kommen sehen, aber uns ist dieses Thema sehr wichtig, um eine gerechtere Verteilung der Kosten auf die Eltern zu erreichen.

Warum unser Antrag auf Aufnahme von über 17jährigen Kindern, die z.B. noch daheim wohnen und studieren, in die Entgelt-Kinderstaffelung mehrheitlich abgelehnt wurde, verstehen wir nicht so wirklich. Nach Aussage der Verwaltung betrifft dies (z.B. 1 Kind 2 Jahre, ein Kind 10 Jahre und ein Kind 18 Jahre im Studium) nur ganz wenig Familien. Das sehen wir genauso, deshalb hätte man hier diesen wenigen Familien entgegenkommen können.

Unser Antrag, mehr öffentliche Mülleimer, auch mit einem sog. Kippenaufsatz aufzustellen, wird zumindest im TUA beraten. Wir sind der Meinung, dass mehr Mülleimer die zunehmende Vermüllung vermindern können und gerade auch Zigarettkippen nicht mehr achtlos auf den Boden geworfen werden.

Ganz wichtig in unserer momentanen finanziellen Lage ist, dass wir in den Konsolidierungsgesprächen wirklich ans Eingemachte gehen. Wir müssen messbare Ziele festlegen, uns auch über nicht populäre Einschnitte bei z.B. Freiwilligkeitsleistungen ernsthaft Gedanken machen. Das sind keine schönen Aussichten, aber dringend erforderlich. Wichtig ist auch, diese Einschnitte konkret und direkt nach außen zu kommunizieren und in den Dialog mit der Bürgerschaft zu treten.

Dies hat der Präsident des Gemeindetages in seinem offenen Brief an die Bürger:innen in Baden-Württemberg wie folgt formuliert:

„Deshalb sind wir als Gesellschaft gefordert, eine strukturelle Antwort zu geben. Wir brauchen eine ehrliche, gesamtstaatliche Reform. Das heißt: weniger Einzelfallgerechtigkeit und mehr Eigenverantwortung. Wir brauchen eine Aufgaben- und Standardkritik, die den Mut hat, Prioritäten zu setzen. Und wir brauchen die Bereitschaft, neu zu fragen: Was kann und muss der Staat leisten – und was kann er nicht mehr leisten, ohne sich selbst zu überfordern?“

Nur gemeinsam schaffen wir es durch diese schwierige Zeit.

Gespannt sind wir auf den Haushaltsentwurf 2026, den die Verwaltung vermutlich Anfang 2026 in den Gemeinderat einbringen wird und auf die von Bund und Land versprochenen Gelder des Sondervermögens bzw. der zusätzlichen Gelder für kommunale Investitionen. Wir hoffen auf zeitnahe Information über einen konkreten Zeitplan und eine direkte und unbürokratische Weiterleitung an die Kommunen.

Wie auch schon die letzten Jahre hätten wir uns gewünscht, dass zu allen Anträgen und Vorschlägen heute einzeln diskutiert und abgestimmt wird. So wäre der Willensbildungsprozess des Gemeinderates und der Verwaltung für die Bürgerschaft voll nachzuvollziehen. Warum nur die Anträge ohne Mehrheit in den nichtöffentlichen Ausschüssen heute einzeln beraten und beschlossen werden sollen und die, teils ja nur mehrheitlich

empfohlenen im Block, erschließt sich uns nicht. Was haben wir zu verstecken? Warum wird unserer Bürgerschaft so die Möglichkeit genommen, alle Beratungen, Redebeiträge und Abstimmungen verfolgen zu können? Diese Fragen werden leider von den anderen Fraktionen, der FDP und der Verwaltung nicht beantwortet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.